



POSTKARTENAKTION GEGEN „MOGELPACKUNG“

CDU und FDP spalten mit Änderungsantrag die Polizei



Ewald Gerke

Vor nunmehr einem Jahr hat Ministerpräsident Roland Koch das sprichwörtliche „Handtuch“ geworfen. Ihm ist Innenminister Volker Bouffier auf den Chefessel der Landesregierung gefolgt. Auf den Sessel des Innenministers ist der damalige Innenstaatssekretär Boris Rhein aufgerückt.

Ministerpräsident Volker Bouffier, der wie kein anderer vor ihm die Sorgen und Nöte der hessischen Polizeivollzugsbeamten/-innen in vielen Personalversammlungen und bei Dienststellenbereisungen festgestellt hat, macht nach wie vor von seiner Richtlinienkompetenz keinen Gebrauch und greift bei der Besoldungsübertragung und der Änderung der Beihilfe nicht zu Gunsten aller Polizeibeamten/-innen und Versorgungsempfänger ein.

10 000 Postkarten = 10 000 mal Frust und Enttäuschung

Vier große Plastikboxen stapelten sich mannshoch auf einem Tisch vor dem Sitzungssaal des Innenausschusses. Umringt von Presse, Rundfunk und Fernsehen, unmittelbar vor der öffentlichen Sitzung des Innenausschusses zur Besoldungsanpassung im Hessischen Landtag, übergab

Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller die von den Polizeibeschäftigten unterschriebenen Protestkarten an Innenminister Boris Rhein mit den Worten: „**Hier übergebe ich Ihnen den geballten Unmut der Beschäftigten der hessischen Polizei!**“

In der anschließenden mündlichen Anhörung ließ Jörg Bruchmüller keinen Zweifel daran, dass der von CDU und FDP eingebrachte Gesetzentwurf die Polizeibeamten/-innen „massiv abkoppelt“ – und daher strikt von der GdP abgelehnt wird! Nach Gehaltseinbußen von 17 Prozent in den letzten acht Jahren und den Belastungen der 42-Stunden-Woche ist der vorliegende Gesetzentwurf alles andere als eine angemessene Besoldungserhöhung.

Jörg Bruchmüller stellte die derzeitige Situation der hessischen Polizeibeschäftigten ungeschönt dar. Immer neue Aufgaben, neue Sicherheitsoffensiven und neue Schwerpunktsetzungen sowie der jahrelange Umbau der Bereitschaftspolizei belasten mehr denn je die Polizeibediensteten. Hinzu kommen ein hoher Krankenstand und eine hohe Zahl von eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamten/-innen. „Dies ist bei dieser Dauerbelastung des Einzelnen erklärbar“, sagte Jörg Bruchmüller.

Der HPR-Vorsitzende Jens Mohrherr, der ebenfalls zur Anhörung des Innenausschusses geladen war, ergriff in der Anhörung Partei für die betroffenen Beschäftigten und übergab ein Buch mit Stellungnahmen der Beschäftigten. Die stellen insgesamt der hessischen Landes-

regierung kein gutes Zeugnis aus. Nachdem die Personalratsvorsitzenden der elf personalbewirtschaftenden Behörden die Beschäftigten aufgefordert hatten, Mails und Meinungen zur beabsichtigten Tarifübertragung dem Hauptpersonalrat zuzusenden, nahmen die Zuschriften kein Ende! Zusammengefasst stellen die Meinungen der Kolleginnen und Kollegen der Politik (Landesregierung) und dem Innenminister kein gutes Zeugnis aus. Von Versprechungen und vollmundigem Ankündigen haben die Polizeibeschäftigten genug – schlimmer noch: die Polizeibeschäftigten haben von der Landesregierung nichts zu erwarten!

Man denkt noch mal nach

Im Anschluss an die Sitzung des Innenausschusses ließen die Parteien ver-



Jörg Bruchmüller (Bildmitte) übergibt Innenminister Boris Rhein (rechts) 10 000 Protestpostkarten.

lautbaren, dass man sich nicht auf einen mehrheitlichen Vorschlag für die kommende Sitzung des Landtages einigen werde. Für Anfang September wurde eine erneute Innenausschusssitzung einberufen. Auch da kam es anders. Nicht die

Fortsetzung auf Seite 2



POSTKARTENAKTION GEGEN „MOGELPACKUNG“

Fortsetzung von Seite 1

Tarifübertragung bei den Beamten/-innen wurde behandelt, sondern die Vergabepraxis für Aufträge im Zusammenhang mit der Einführung des Digitalfunks.

Nach und nach sickerten Informationen der Parteien durch, dass Bewegung



um die Gesetzesvorlage zur Tarifübertragung kommen werde. Regierungs- und Oppositionsparteien überarbeiten ihre Vorschläge noch einmal. Während die Linke und die SPD eine echte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses forderten, schlugen die Grünen vor, das Geld für eine höhere Gehaltssteigerung über eine Gegenfinanzierung der beabsichtigten Reduzierung bestehender Beihilfeleistungen abzufangen! „Diesen Vorschlag lehnen wir ab!“, sagte der GdP-Landesvorsitzende Jörg

Bruchmüller. „Wer bei der Polizei die Beihilfe kürzen will, um dadurch den Landeshaushalt zu sanieren oder Gehaltserhöhungen kostenneutral zu gewähren, hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Wie bereits 2008 erweisen sich die Grünen als trickreiche Wiederholungstäter und wollen sich offensichtlich für mögliche Koalitionsoptionen salonfein machen.“

„Danke mein Lieber“ (Teil 2):

CDU und FDP spalten mit Änderungsantrag die hessische Polizei

In einer Pressekonferenz am 13. September stellten CDU und FDP ihren Änderungsantrag für die Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten vor. Die Prozente bleiben, die Einmalzahlung wird bis zur Besoldungsgruppe A 11 gewährt. Darüber hinaus sollen auch die Versorgungsempfänger bei der Einmalzahlung nicht berücksichtigt werden.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Christean Wagner, sagte in der Pressekonferenz, dass man in Gesprächen mit dem hessischen Beamtenbundvorsitzenden (dbb) Walter Spieß die vorgelegten Änderungen besprochen habe. Man habe zu ihm „intensive und herzliche Beziehungen“, so der CDU-Politiker Wagner weiter. **Hinweis: Der dbb ist der Dachverband der DPoIG.**

Offensichtlich hat der Beamtenbundvorsitzende Spieß die Beamtinnen und Beamten ein weiteres Mal verraten und verkauft! Bereits vor einigen Jahren, während der Amtszeit von Ministerpräsident Koch, hatte er im partnerschaftli-

chen Alleingang einer Gehaltserhöhung, unter Missachtung der Tarifverhandlungen, für die Beamtinnen und Beamten zugestimmt. Aus der neuerlichen Aktion des Beamtenbundes kann man nur zu einem Schluss kommen: **Die Polizeibeamtinnen und -beamten ab A 12, des höheren Dienstes und die Versorgungsempfänger sind dem Spitzenverband der Deutschen Polizeigewerkschaft völlig egal!**

Das Maß ist voll!

Die GdP wird jedweden Vorschlag, der finanzielle Verschlechterungen von Polizeibeamten/-innen und Versorgungsempfängern aller Besoldungsgruppen vorsieht als Affront gegen die Arbeit der hessischen Polizei betrachten!

Mit Blick auf die zurückliegenden Einkommensjahre steht fest: 17 Prozent Gehaltseinbußen reichen! Das Maß ist voll!

Ewald Gerke



GdP IM GESPRÄCH

Bundvorsitzender Bernhard Witthaut besucht Landesvorstand

„Die Polizei ist Teil der Sicherheitsagentur in Deutschland“, sagte der GdP-Bundvorsitzende Bernhard Witthaut in einem Gespräch mit dem hessischen GdP-Landesvorstand im Polizeipräsidium Mittelhessen im Hinblick auf die Krawalle in England. Man dürfe jetzt die Diskussion darüber nicht überziehen, müsse

seriös bleiben, eine demokratische Rolle spielen. Die GdP lege Wert darauf, sich in gesellschaftspolitische Probleme einzumischen. Sie kenne die Randgruppen, die Nahtstellen zur Kriminalität. Gerade die Gewaltkriminalität und vor allem die gegen die Polizei, sei im Steigen, wie neueste Statistiken von Berlin zeigten. Dort

sind bis zu 40 Prozent im Polizeihaushalt eingespart worden. Zu erreichen sei dies nur bei deutlichen Einsparungen beim Personal.

England sei allerdings anders als hier. Da gebe es zu wenig Bereitschaftspolizei, um an Brennpunkten eingesetzt werden zu können. Bei den dortigen Krawallen



GdP IM GESPRÄCH



V. l.: Vize-PP Peter Kreuter, Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut und Jörg Bruchmüller. Foto: NW

sei es nur um Kriminalität gegangen. Jugendliche hätten die Gunst der Stunde genutzt.

In Deutschland würden Krawalle durch die Medien herbeigeredet, die in dieser Form hier eigentlich nicht passieren dürften. Jetzt seien Besprechungen nötig, um die Lehren aus diesen Krawallen zu ziehen.

In Deutschland werde die Polizei besser ausgebildet, was sich am Beispiel der Weiterbildung für AMOK-Einsätze zeige.

Gewaltkriminalität nimmt zu

Bernhard Witthaut ging auf die Probleme mit der Bekämpfung der Internetkriminalität ein, forderte die Vorratsdatenspeicherung zur Bekämpfung der Kriminalität, auch wenn „Madame No“ (Bundesjustizministerin) dagegen sei. Wer die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage stelle, müsse auch ausgeforscht werden können. Man dürfe auf Facebook nicht machen, was man wolle.

Rente mit 67

Der Bundesvorsitzende sprach von einem notwendigen Feldzug gegen die Rente mit 67. Auch die besondere Pensionsgrenze von 62 Jahren für die Polizei sei nicht in Ordnung. Eine Faktorisation der Arbeitszeit alleine helfe hier nicht. Alle Bundesländer machen was sie wollen. Hier zeige sich, dass Föderalismus nicht immer gut sei. Föderalismus sollte ein Wettbewerb sein, wir sollten die Politik vor uns herreiben, aufzeigen, wo es besser zu machen sei.

Bessere Gesetze wären zum Beispiel notwendig bei der Bekämpfung der Gewalt gegen die Polizei. Nicht umsonst habe die GdP einen neuen § 115 StGB ge-

fordert. Wer die Polizei angreife, müsse mit einer empfindlichen Strafe rechnen.

Bernhard Witthaut ging auch auf das Schmerzensgeldurteil des Mörders Markus Gäfen ein. Auch wenn man es nicht unbedingt verstehe, man müsse es als rechtsstaatlich akzeptieren. Folter gehe nicht! Man müsse Täter aber „intensiv“ vernehmen dürfen.

Kampf gegen Beihilfekürzungen

Gesundheitsreform und Lebensarbeitszeitverlängerung seien im Dienstrechtsmodernisierungsgesetz I geregelt worden. In Hessen habe man eine differenzierte Regelung für „belastende Dienste“ gefunden. Die meisten Kollegen/-innen könnten weiterhin mit 60 Jahren in Ruhestand gehen. Beim Tarifabschluss habe man ein gutes Ergebnis erzielt. Die Übertragung auf die Beamten/-innen ist derzeit im Gesetzgebungsverfahren.

Anders sei es dagegen beim Dienstrechtmodernisierungsgesetz II, wo die Änderung der Beihilfe ein wesentlicher Punkt sei. Würden die Vorstellungen der Politiker umgesetzt, könne das zu erheblich höheren Monatsbeiträgen in der Krankenversicherung führen. Wenn das dennoch geschehe, werde es am Jahresende „relativ bunt“ zugehen. In der Diskussion zu diesem Thema wurde deutlich, dass den meisten Politikern wohl nicht klar sei, was sie hier anrichteten. Viele Beschäftigte wüssten noch nicht, was auf sie zukomme.

Schon jetzt gebe es ein Problem mit der Motivation. Krankheitsbedingte Ausfälle spielen eine immer größere Rolle. Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Problem sei die hohe Zahl an eingeschränkt dienstfähigen „Kollegen/-innen“. Diese etwa 1300 Beschäftigten dürften

im Regelfall nicht bei BSOD-Einsätzen verwendet werden, wohl aber im Einzeldienst eingesetzt werden. Der sei viel gefährlicher. Posttraumatische Belastungen nähmen zu, so die Vorstandsmitglieder.

Immer mehr Druck auf die Polizei

Angesprochen wurden in der Diskussion auch der zunehmende Druck auf die Polizei durch immer mehr Einsätze, durch Auslandseinsätze und die geforderte Kennzeichnung der Polizeibeamten/-innen. Diese solle es in Hessen nicht geben. Das gebe unter anderem Probleme, wenn die Hessen in anderen Bundesländern eingesetzt würden, die die Kennzeichnung per Gesetz eingeführt hätten. Dazu komme, dass die Hundertschaften kleiner würden und ihre Zahl insgesamt abnehme. Das Problem werde meist auf dem Rücken des Einzeldienstes ausgeglichen.

Auch Führungskräfte würden oft für andere Aufgaben eingesetzt und seien nicht vor Ort verfügbar. Es gebe noch immer zu oft Personalverschwendung statt sinnvoller Personalverwendung, waren sich alle Beteiligten einig. Früher hätten



Der GdP-Landesvorstand mit dem Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut, vorne, vierter von links. Foto: NW

bei Landesligaspielen zwei Funkstreifen genügt. Heute fordere man eine Hundertschaft. Das könne so nicht weitergehen. Das fördere das Unverständnis bei Kollegen/-innen. Das gelte auch für andere „hausgemachte“ Probleme der Politik wie das outgesourcte Immobilienmanagement und die Uniformbestellungen in Baden-Württemberg. „Outsourcing ist nicht immer die ideale Lösung“, stellte Jörg Bruchmüller fest.

Norbert Weinbach



Vertreter wollen ihre Fachkenntnisse stärker in der GdP verankern



Es herrschte ein intensiver Austausch während der Veranstaltung im Frankfurter Polizeipräsidium und am Ende waren sich alle einig: Die Gewerkschaftsmitglieder aus dem höheren Dienst wollen sich intensiver in ihrer GdP einbringen und die Gewerkschaft braucht ihre Fach- und Sachkenntnisse, um den künftigen immer schwieriger werdenden Entwicklungen adäquat begegnen zu können.

In seiner Begrüßung zeichnete der Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller einen Abriss der zurückliegenden Monate. Bei dem im Frühjahr erzielten moderaten Tarifiergebnis habe man erwarten dürfen, dass es zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenschaft übertragen werde, zumal durch die Dienstrechtsreform bei der Lebensarbeitszeit und der Beihilfe bereits tiefe Einschnitte von den Beamten abverlangt würden. Die GdP, so Bruchmüller, werde nicht locker lassen, um Nachbesserungen in diese Richtung zu erreichen. Er ließ ebenfalls keinen Zweifel daran, dass das Verhältnis zur Führung der hessischen Polizei in der Vergangenheit nicht spannungsfrei war, äußerte aber zugleich die Zuversicht, dass eine neue Phase des konstruktiven Dialogs im Entstehen sei. Bruchmüller: „Gewerkschaften müssen mitgestalten, aber man muss sie auch mitgestalten lassen und nicht ignorieren. In dieser Hinsicht sehe ich große Chancen, wenn ich mir die Vergangenheit vor Augen halte.“

Hugo Müller, stellvertretender Bundesvorsitzender und als Landesvorsitzender des Saarlandes selbst Angehöriger des höheren Dienstes, stieß in seinem Vortrag Themen wie den demographischen Wandel in der Polizei an, aber auch die Folgen der Schuldenbremse und die zunehmende Auftragsvergabe ureigener Polizeiaufgaben an private Sicherheitsunternehmen. Müller skizzierte angesichts der bevorstehenden Herausforderungen auch die Grenzen althergebrachter Rituale und mahnte neue unkonventionelle Wege gewerkschaftlicher Beteiligung an. Dabei komme dem höheren Dienst mit all seinem fachlichen Wissen eine zunehmende Bedeutung zu. Müller: „Wir brauchen den Schulterschluss mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem höheren Dienst.“

Im Anschluss an die Ausführungen von Hugo Müller entfaltete sich eine intensive Diskussion über die Entwicklung in der hessischen Polizei. Mehrere Möglichkeiten der intensiveren Zusammenarbeit wurden diskutiert. Am Ende stand fest: Man wolle gemeinsam strategisch nach Wegen suchen, wie sich die GdP unter den künftigen Rahmenbedingungen an der Entwicklung der hessischen Polizei zum Wohle der Polizeibeschäftigten beteiligen werde.

*Bernd Kuske-Schmittinger
Wiesbaden*

BEABSICHTIGTE BEIHILFEÄNDERUNG

Beamte zahlen zukünftig bis zu 20 Prozent Krankenkassenbeitrag

„Mehr Netto vom Brutto“ – solche oder ähnliche Aussagen der verantwortlichen Politiker kennen wir zu genüge. Was die hessische CDU/FDP-Regierung jetzt mit der Änderung der Beihilfeverordnung (BeihilfeVO) plant, schlägt dem Fass den Boden aus.

Nach Berechnungen durch die ver-

schiedenen Krankenkassen zehren zukünftig die Krankenkassenbeiträge bis zu 20 Prozent des monatlichen Nettolohnes auf. Gesetzlich Pflichtversicherte hingegen müssen nur zwischen 7,8 und 8,0 Prozent vom Lohn/Gehalt für ihre Krankenversicherung aufwenden. Beihilfe ist keine freiwillige Leistung des Dienstherrn,



BEABSICHTIGTE BEIHILFEÄNDERUNG



Gut besucht war die Podiumsdiskussion in Fulda.

sondern der Arbeitgeberanteil an der Beamten-Krankenversicherung.

Entgegen den Bestimmungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) kennt die Beihilfe das System „Familienversicherung“ nicht. Ist jemand in der GKV pflichtversichert, sind automatisch die Familienangehörigen kostenfrei mitversichert. Die Beihilfe kennt dieses Prinzip nicht. Dort hat jeder Beihilferechtigte, ob es der Beamte/die Beamtin, der Ehepartner oder die Kinder sind, einen eigenen Beihilfeanspruch und muss sich für den Rest (bis 100 Prozent) eigenständig versichern.

Sind Beamte/-innen freiwillig in der GKV versichert, müssen sie zunächst 15,9 Prozent Kassenbeitrag, also Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil, selbst bezahlen. Sie haben nur die Möglichkeit über die Sachleistungsbeihilfe bis maximal 50 Prozent des Kassenbeitrages zurückzuerhalten, sofern sie ausreichend Aufwendungen (wie z. B. Arztbesuche, Medikamente, Krankenhausaufenthalte ...) nachweisen können. Man muss also permanent zum Arzt gehen und Kosten verursachen, wenn man den Arbeitgeberanteil zurückerstattet bekommen will!

Ein weiterer Umstand ist, dass die Ärzte für die Behandlung des Beihilferechtigten bis zu 3,5-mal zu viel berechnen dürfen, wie beim gesetzlich Versicherten. Warum eigentlich? Betriebswirtschaftlich gesehen ist das nicht korrekt (gleiche Leistung = gleicher Lohn, oder dauert z. B. das Blutdruckmessen beim Beihilferechtigten länger?). **Fazit:** Mit der Möglichkeit der Berechnung des erhöhten Faktors werden die Ärzte subventioniert!

Zu diesem Thema führte die Bezirksgruppe Osthessen mit Landtagsabgeordneten eine Podiumsdiskussion durch. Eingeladen wurden die osthessischen Landtagsabgeordneten aller Parteien. Außer Sabine Waschke (SPD) und Jürgen Lenders (FDP) waren alle anderen terminlich verhindert. Darüber hinaus hatten wir Innenminister Boris Rhein

eingeladen. Bis zur Podiumsdiskussion haben wir keine Mitteilung über eine Teilnahme oder Nichtteilnahme des Innenministers erhalten. Wesentlich mehr Interesse an dem Thema neue Beihilfe-VO als die eingeladenen CDU-Landtagsabgeordneten hatten unsere Mitglieder. Der Saal in der Gaststätte „Harth“ war proppenvoll.

Nach der Einführung in das Thema und Darstellung der beabsichtigten Änderungen durch den Bezirksgruppenvorsitzenden Ewald Gerk kamen die Abgeordneten zu Wort.

Jürgen Lenders (FDP) sagte, dass mit der Schuldenbremse jeder sein Scherflein dazu beitragen müsse. Es sei ihnen wohl bewusst, dass die Beihilfeänderung gravierende Einschnitte bedeuten würden, aber die Alternative nur Personaleinsparungen heißen würden. Mit den Änderungen bei der Beihilfe würden nunmehr Tarifbeschäftigte und Beamte im Bereich der Krankenversorgung gleichgestellt.

Sabine Waschke (SPD) hingegen sagte, dass ihre Fraktion die beabsichtigte Beihilfeänderung nicht mittragen können. Auch wenn es sich hier nur um eine Verordnung handele, sehe sie gleichwohl den Landtag mit in der Pflicht, weil es durch die Änderung zu massiven Gehaltseinbußen komme. Deshalb bringe die SPD-Fraktion zur nächsten Plenarsitzung einen Antrag ein, damit die beabsichtigten Beihilfeänderungen im Landtag beraten werden müssen.

In der sich anschließenden Fragerunde kamen Frust und Enttäuschung der Beschäftigten zum Ausdruck.

- „**Erklären Sie mir, Herr Abgeordneter, warum ich dann monatlich 250 bis 300 Euro mehr für die Krankenversorgung zahlen muss, die der Dienstherr einsparen will**“.
- „**Erklären Sie mir, warum ich als freiwillig GKV-Versicherter nun den Arbeitnehmer und den Arbeitgeberanteil aus der eigenen Tasche zahlen soll und mir dadurch fast 5000 Euro Mehrbelastungen entstehen?**“

- „**Sagen Sie mir, was ich getan habe, weshalb ich ein solches Sonderopfer bringen muss?**“

Jürgen Lenders (FDP) sagte dazu, dass ihm bewusst sei, dass es strukturelle Defizite gebe. „Ich will das nicht schön reden – Sie werden weniger in der Tasche haben!“ Sabine Waschke erwiderte, dass man den Beamtinnen und Beamten wieder einmal unter dem Deckmantel der Schuldenbremse ein Sonderopfer aufbürden will. Es sind in dem Entwurf massive Ungerechtigkeiten und Verschlechterungen enthalten, die dringend der Korrektur bedürfen.

Allen Unmut und Enttäuschungen über die Auswirkungen der Beihilfeänderungen hier aufzuführen, würden den Rahmen dieses Reports sprengen.



Rede und Antwort standen neben dem osthessischen BZG-Vorsitzenden Ewald Gerk, der Fuldaer FDP-Abgeordnete Jürgen Lenders und die Fuldaer SPD-Abgeordnete Sabine Waschke (Bildmitte).

Abschließend forderte Ewald Gerk die Abgeordneten auf, das Thema Beihilfe zum Gegenstand der Landtagsberatungen zu machen und den Innenminister hier einzubremsen. Es könne nicht sein, dass eine Gehaltserhöhung von wenigen Euro dem Gesetzesvorbehalt unterliegt, aber eine Krankenkassenreform bei den Beamten, die die Beschäftigten bis zu mehrerer Tausend Euro jährlich kosten können, in den Amtsstuben des Innenministerium erlassen werden können. „Nehmen Sie als Abgeordnete ihre Pflichten ernst und stoppen Sie hier den Innenminister mit seinem Vorhaben!“

Ewald Gerk



Pkw auch in Grenzsituationen beherrschen

Gefahren rechtzeitig erkennen bzw. durch vorausschauende und angepasste Fahrweise vermeiden sowie diese durch Wissen und Fahrzeugbeherrschung zu bewältigen. Dies war Aufgabe eines Tagesseminars der GdP in Zusammenarbeit mit der Landesverkehrswacht auf dem Gelände des Fahr- und Sicherheitszentrums der hessischen Polizei in Hünstetten-Limbach bei Idstein. Jürgen Aschenbrenner vom GdP-Landesvorstand begrüßte die Teilnehmer zum Motorrad- und PKW-Training.

Vor jeder Übung stellte Trainer Dirk Ramachers die Kolleginnen und Kollegen systematisch auf die einzelnen Übungseinheiten ein. Dabei spielte jeweils die gefahrene Zeit natürlich überhaupt keine Rolle. Die Gefahren des Alltags im Straßenverkehr standen auf dem Programm. Das Lenken und das Bremsen zog sich wie ein roter Faden durch den Tag. Schließlich waren die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer mit den eigenen privaten Autos auf der Strecke. Die theoretischen Kenntnisse der Fahrphysik beim Fahren, Bremsen, Ausweichen wurden genauso gut vermittelt wie die anschließende praktische Erfahrung durch Slalomfahrt, Brems- und Ausweichmanöver. Am Schluss waren sich alle einig: Ein tolles und empfehlenswertes Seminar der GdP. Übrigens: Parallel fand auch ein Fahrsicherheitstraining für GdP-Mitglieder für Motorräder statt. Auch von den Bikern wurde in einer Pause nur positiv über deren Seminarinhalte berichtet. Für ein gemeinsames



Erinnerungsfoto an das gute und kurzweilige Fahr- und Sicherheits-training.

Foto blieb leider am Ende keine Zeit mehr, da sich Gewitterwolken näherten und die Kollegen Motorradfahrer noch einigermaßen trocken die Heimreise antreten wollten.

Manfred Knoch, Bad Hersfeld

KOMMENTAR

Hat ein Kindermörder Anspruch auf Schmerzensgeld?



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

Recht und Gerechtigkeit sind zwei sehr unterschiedliche Dinge, lernt jeder Jurastudent im ersten Semester. In der Tat hat mancher, der schon einmal mit einem Gericht konfrontiert war, feststellen müssen, dass Recht haben nicht gleichbedeutend ist mit Recht bekommen.

Was aber, wenn gesprochenes Recht in einer Weise von dem subjektiven Rechtsempfinden abweicht, dass die empörte Öffentlichkeit es kaum auszuhalten vermag?

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bekennt sich das deutsche Volk zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“. Weiter heißt es: „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“ Dies nennt man auch Rechtsstaatsprinzip.

Auf das Rechtsstaatsprinzip kann sich jeder in Deutschland berufen, einige flie-

hen sogar nach Deutschland, weil sie sich hier durch den Staat geschützt sehen.

Auch ein Straftäter, habe er eine noch so abscheuliche Tat vollzogen, darf sich auf diesen Schutz berufen, denn „*alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich*“.

Gerade in solchen Momenten, in denen Straftäter, sei es aus Flucht vor der eigenen Verantwortung, sei es aus politischem Fanatismus heraus das Rechtsstaatsprinzip zu verhöhnen suchen, muss es sich bewähren. Wir, die Bürger, haben natürlich das Recht, unseren Emotionen freien Lauf zu lassen, unsere Empörung herauszuschreien und in unserer Phantasie auszumalen, was mit diesem oder jenem Täter geschehen sollte, wenn uns die Tat und der Täter gar zu abscheulich erscheinen. Ein Gericht und die staatlichen Vollzugsorgane dürfen dies nicht.

Im Fall des Kindermörders Gäfgen oder des norwegischen Massenmörders Breivik scheint für viele in unserem Land das Rechtsstaatsprinzip an seine Grenzen zu stoßen. Sie irren. Es fängt gerade da erst an. Wenn wir die Unantastbarkeit der Würde als oberstes Prinzip nicht für



KOMMENTAR

alle gelten lassen, laufen wir Gefahr, von längst überwunden geglaubten weltlichen wie religiösen Racheideologien wieder eingeholt zu werden.

Gerade in Augenblicken, in denen Wut, Trauer oder Verzweiflung über das Getane den Rachedenken vor den Verstand stellen, muss der Rechtsstaat zeigen, dass der Satz „Alle Menschen

sind vor dem Gesetz gleich“ keine leere Formel darstellt. Unser Staatssystem muss daher seinen moralischen Anspruch auch und gerade im Umgang mit den abstoßendsten und widerwärtigsten Tätern immer wieder unter Beweis stellen. Es muss sich treu an den Grundrechten und der daraus resultierenden Gesetzeslage orientieren – nicht an der öffentli-

chen Meinung. Das ist eine Stärke und keine Schwäche.

Ansonsten werden Typen wie Gäfgen oder Breivik mit ihrem menschenverachtenden Denken die Oberhand gewinnen. Das kann niemand wollen.

Bernd Kuske-Schmittinger
Wiesbaden

Schon wieder eine „neue“ Sicherheitsoffensive

Man kann schon die Uhr danach stellen. Kaum gibt es einen neuen Innenminister oder einen neuen Landespolizeipräsidenten, gibt es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch eine neue Sicherheitsoffensive. Zu verstehen ist, dass jeder neue politisch Verantwortliche der Polizei seinen „eigenen Stempel“ aufdrücken will; anders gesagt, neue Schwerpunkte setzen will. In Hessen haben wir die Besonderheit, dass die Landesregierung in Gänze nicht neu gewählt wurde. Es wurden zwischenzeitlich nur der Ministerpräsident, der Innenminister, der Landespolizeipräsident und noch einige andere Minister ausgewechselt. Nicht geändert wurde das Regierungsprogramm.

Nimmt man sich Zeit und liest es aufmerksam, findet sich keine Passage, die da heißen könnte: „Wenn der Minister wechselt, dürfen die Kernpunkte des Regierungsprogramms nicht verändert werden.“

Unter der Federführung des letzten Innenministers und insbesondere des damaligen Landespolizeipräsidenten wurden die neuen Bedrohungen wie islamistischer Terrorismus oder Internetkriminalität so hoch bewertet, dass viele polizeilichen Strukturen daran ausgerichtet wurden. Neue Kommissariate wurden geschaffen, Prävention wurde gebündelt und in eigens dafür geschaffenen Hauptsachgebieten bei den Einsatzabteilungen angesiedelt.

Wie konnte dies ohne zusätzliche Stellen alles bewerkstelligt werden? Verstärkt wurde das Personalproblem noch durch die unzähligen Stellenstreichungen durch die Personalvermittlungsstelle (PVS). Diesen politischen Fehler hat selbst der damalige Innenstaatssekretär

Boris Rhein auf dem GdP-Landesdelegiertentag in Weilburg zugegeben.

Zwischenzeitlich ist aber einiges passiert. Die Einstellungen wurden auf bis zu 550 jährlich erhöht. Die Bereitschaftspolizei wurde als vermeintliche Einsatzpolizei auf eine „effiziente Größe“ reduziert. Die dadurch gewonnenen Stellen wurden für oben beschriebene Regierungsprogramme zielstrebig verwandt. Dort, wo sie abgezogen wurden, insbesondere im Streifendienst der Schutzpolizei, fehlen sie nach wie vor!

Jetzt sind wir schon wieder an diesem Punkt angelangt. Innenminister Boris Rhein hat eine neue Sicherheitsoffensive in Hessen gestartet. In der Presseveröffentlichung des Innenministers heißt es: „Mehr Polizisten bekämpfen künftig die Kriminalität auf Hessens Straßen“. Im Rahmen einer auf die künftigen Herausforderungen ausgerichteten Sicherheitsstrategie legt der Innenminister deshalb besondere Schwerpunkte auf folgende Bereiche:

- Bekämpfung der Cyberkriminalität und Erhöhung der Cybersicherheit
- Bekämpfung des Terrorismus/Extremismus
- Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
- Länderübergreifende Kooperationen
- Sicherheitsoffensive

Was haben diese Schwerpunkte eigentlich mit Straßenkriminalität zu tun? Dieses fragt man sich zu Recht! Folgt man dieser ministeriellen Feststellung, müsste der normale Ermittlungs- und Streifendienst nachhaltig aufgestockt werden! Weiter sagte der Innenminister: „Ein deutlicher Rückgang der Gesamtkriminalität bei gleichzeitiger Steigerung der Aufklärungsquote zeigt, dass Hessen ein

sicheres Bundesland ist. Ich möchte alles daransetzen, dass wir auch in Zukunft keine ‚No-Go-Areas‘ in unseren Städten bekommen. Auch deshalb habe ich am 1. September mit dem Programm ‚Regionale Sicherheit‘ die erste Stufe der landesweiten Sicherheitsoffensive eingeleitet.“

Aber vom Schreibtisch wird keine „No-Go-Area“ verhindert. Hierzu wird echte „Man-power“ benötigt!

Dieser Ansatz ist grundsätzlich zu befürworten. Die anschließend in der Pressemitteilung dargestellten Zahlenbeispiele über das in den Präsidien ankommende zusätzliche Personal kann man nicht nachvollziehen. 300 Stellen in drei Jahren sollen es sein. Hat nicht gerade der Landespolizeipräsident im Vorfeld gesagt, dass die hessische Polizei auf 13 764 Planstellen festgeschrieben wird. Wo kommen also diese 300 Stellen her, die die Präsidien verstärken sollen?

Ewald Gerk

EHRUNGEN

25-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum

Udo Emig
Karsten Doerks
Kreisgruppe Darmstadt
Erich Louris
Kreisgruppe Groß-Gerau



Eine Veranstaltung, die ankommt!

Ende August war es wieder soweit, der Brunnen in der „Mudra“ sprudelte und das von den Kreisgruppen Mudra und Präsidium gemeinsam gestaltete Brunnenfest konnte gestartet werden.

Bei strahlendem Sonnenschein ging es gegen 15.00 Uhr mit kostenlosem Kaffee und Kuchen, gesponsert von der Kreisgruppe

Präsidium, los. Ab 18.00 Uhr ging dann richtig die Post ab. Unser Gesangstar Jonas Weyand, ein Kollege der HPA, hatte gerade seine Welttournee hinter sich gebracht und bot nun sein gesamtes Repertoire dar. Dieses reichte von Hardrock bis hin zur nachdenklich stimmenden Ballade. Er war einfach nur super, was sich an den aktiven Tanzeinlagen von Jung und Alt ablesen ließ. Aus den Zapfhähnen der Bierampel floss elegantes Pils



Gut besucht war das Brunnenfest in der Mudra.

und uriges Weizenbier. Wein, Sekt und alkoholfreie Getränke standen ebenfalls bereit. Besondere kulinarische Schmankekerl bot unser Küchenchef aus der Mudra, der in diesem Jahr mit einer professionellen Bewirtung für das Wohl der Gäste sorgte. Zum besonderen Highlight entwickelte sich im Laufe des Abends unsere Cocktailbar. Hier wurden leckere Cocktails, mit aber auch ohne Alkohol gemixt. Wie beliebt unser Brunnen-

und Kollegen Luft und äußerten ihre Verärgerung über den Umgang der schwarz/gelben Landesregierung mit ihnen.

Dank gilt all den ungenannten Helfern und der Abteilungsleitung der I. BPA, insbesondere den Kollegen unserer TEE und AFE für die freundliche Unterstützung.

Roland Kramer
BZG Bereitschaftspolizei

NACHRUF

Wir trauern um Walter Kaiser



† **Walter Kaiser**

Wir trauern um unser Mitglied Walter Kaiser, Polizeizentralbehörden. Er starb nach einer schweren Operation Mitte August im Krankenhaus in Regensburg.

Walter Kaiser war 63 Jahre alt. 1965 begann er seinen Dienst bei der hessischen Polizei. Er arbeitete zunächst beim Fernmeldezug der Bereitschaftspolizei, kam dann zum PK Bad Schwalbach und wurde danach zur Fernmeldeleitstelle der Polizei in Wiesbaden versetzt. Nach dem Kommissarslehrgang wurde er Dienstgruppenleiter und technischer Sachbearbeiter. Durch die Organisationsänderung im Jahr 1997 kam er zunächst zum HPVKA und später zum Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV), wo er Vertreter des Leiters Z wurde.

Walter Kaiser kam 1966 zur GdP. Von 1975 bis 1996 war er KG-Vorsitzender der Fernmeldeleitstelle. Von 1976 bis 2002 fungierte er als Beisitzer FM-Dienst im GdP-Landesvorstand. Nach seiner Pensionierung im Jahr 2009 übernahm er die Funktion des Beisitzers für Senioren

in der KG PTLV und wurde dann auch zum Mitglied des Landesseniorenvorstandes gewählt. Wir haben mit Walter Kaiser einen freundlichen und ehrenamtlich stark engagierten Kollegen verloren. Die GdP wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Norbert Weinbach

ES VERSTARBEN

Walter Kaiser
Kreisgruppe PTLV
Sophia Wachtel
Kreisgruppe Werra-Meissner
Helmut Kraschinski
Karl-Heinz Röhling
Adolf Hillmann

Günter Zimmer
Betty Denzer
Bezirksgruppe Frankfurt am Main
Peter Brauburger
Kreisgruppe Darmstadt
Reinhilde Schnell
Kreisgruppe Kassel

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

